

Keine Gefahr für Vollzeitjobs

Minijobs. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten ist trotz des boomenden Arbeitsmarkts seit Jahren weitgehend konstant. Daran dürfte auch die von der Bundesregierung geplante Anhebung der Geringfügigkeitsgrenze, nach der Minijobber statt 400 Euro 450 Euro im Monat verdienen dürfen, wenig ändern.

Die letzte Minijob-Reform datiert aus dem Jahr 2003. Damals wurden die Bedingungen für die kleinen Beschäftigungsverhältnisse von der rot-grünen Koalition deutlich verbessert: Die Verdienstgrenze stieg von 325 auf 400 Euro, und die Begrenzung der Arbeitszeit auf maxi-

mal 15 Stunden in der Woche fiel weg. Vor allem aber müssen seither die Einkünfte aus einem geringfügigen Nebenerwerb nicht mehr gemeinsam mit dem Hauptjob versteuert werden. Es fallen auch keine Sozialabgaben für den Beschäftigten an. Wer einen sozialversicherungs-

pflichtigen Hauptjob hat, verdient mit seinem Mini-Nebenjob also brutto für netto.

Der Arbeitgeber muss eine Pauschale von 30 Prozent des Minilohns an die Sozialversicherung abführen.

Nach der Reform nahm die Zahl der Minijobber trotz der damals allgemein schlechten Arbeitsmarktlage stark zu. Und zwar sowohl bei den ausschließlich als auch bei den nebenher geringfügig Beschäftigten, für die allerdings erst ab Juni 2003 Daten erhoben werden (Grafik).

Wenige Monate später tat sich in dem Minijob-Segment aber nicht mehr viel. Die Zahl der Arbeitnehmer, die ausschließlich einen Minijob ausüben, ist seit 2005 kaum noch gestiegen, obwohl der deutsche Arbeitsmarkt in dieser Phase den größten Boom seiner Geschichte erlebte.

Vom Frühjahr 2005 bis zum März 2011 legte die Zahl der Erwerbstätigen um fast 2 Millionen zu, davon waren aber nur gut 100.000 ausschließlich geringfügig beschäftigt.

Die Zahl der geringfügigen Nebenjobs hat sich jedoch weiter →

Geringfügige Beschäftigung: Für viele ein attraktiver Zweitjob



Jeweils Ende Juni; Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien · iwd 9

Inhalt

Personalarbeit. Kleine und mittlere Unternehmen, die sich intensiv um Fachkräfte bemühen, profitieren davon wirtschaftlich. Seite 3

Russland. Die russische Wirtschaft brummt, Schwachstellen gibt es dennoch. Seite 4

Griechenland. Die Risiken eines erzwungenen Schuldenchnitts sind geringer als befürchtet. Seite 5

EU-Arbeitszeitrichtlinie. Eine einheitliche Regelung von Bereitschaftsdiensten ist wenig sinnvoll. Seite 6

Grunderwerbssteuer. Die Bundesländer machen von dieser Einnahmequelle reichlich Gebrauch. Seite 7

CeBIT. Der deutsche ITK-Markt wird 2012 einen Umsatzrekord verbuchen. Seite 8

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln



→ erhöht. Warum das so ist, weiß niemand so genau (Interview). Möglicherweise kommen hier Teilzeitbeschäftigte zum Zuge, die gern länger arbeiten würden, dies in ihrem eigentlichen Job aber nicht können. Andere Minijobber verdienen sich so vielleicht ihr neues Smartphone.

Finanziell lohnt sich der Zweitjob in jedem Fall. Wer in seinem Hauptjob bei einem Bruttostundenlohn von 12 Euro zehn Stunden im Monat zusätzlich arbeitet, hat nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben gerade einmal 70 Euro mehr in der Tasche. Da ist der Minijob nach Feierabend bereits ab einem Stundenlohn von 8 Euro attraktiver.

Dass Minijobs für den Arbeitnehmer beitragsfrei sind, wird oftmals bemängelt. Aber auch die Kritiker räumen ein, dass es zu aufwendig wäre, für solche Ministellen die gesamte Maschinerie der Sozialbüro-

Geringfügig Beschäftigte: Wo sie arbeiten

Einzelhandel	1.000.336
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	863.524
Gastgewerbe	835.646
Gesundheits- und Sozialwesen	742.804
Verarbeitendes Gewerbe	631.157
Verkehr und Lager	446.733
Freiberufliche, technische und wissenschaftliche Dienstleistungen	400.910
Sonstige Dienstleistungen	354.233
Großhandel	294.609
Baugewerbe	293.644

Stand: Juni 2011; Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen: zum Beispiel Leasing, Zeitarbeit, Bewachung, Reisebüros; Sonstige Dienstleistungen: zum Beispiel Interessenvertretungen, Kirchen, Wäschereien, Friseurgewerbe; Quelle: Bundesagentur für Arbeit

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iw-d 9 - Foto: MEV

kratie in Gang zu setzen. Eine Geringfügigkeitsgrenze ist also sinnvoll.

Die Verdienstgrenze ist seit 2003 unverändert geblieben, während sich die Löhne erhöht haben. Im Einzelhandel, wo es viele Minijobs gibt (Grafik), sind die Löhne seit 2003 um jahresdurchschnittlich 1,6 Pro-

zent gestiegen. Der Plan der Bundesregierung, die Minijob-Grenze von 400 auf 450 Euro anzuheben, entspricht einem jahresdurchschnittlichen Anstieg von nur 1,3 Prozent. Die Anhebung ist somit nicht mehr als eine überfällige Anpassung an die Lohn- und Preisentwicklung.



+++ Nachgefragt +++ Nachgefragt +++ Nachgefragt +++ Nachgefragt +++

Nachgefragt bei Holger Schäfer, Arbeitsmarktexperte im Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Immer mehr Rentner und Rentnerinnen gehen nebenher einem Minijob nach. Können die Älteren ihren Lebensunterhalt nicht mehr mit ihrer Rente bestreiten?

Rund 660.000 Menschen zwischen 64 und 74 Jahren haben eine geringfügige Beschäftigung, das sind 6,6 Prozent der Bevölkerung in dieser Altersgruppe. Ihre Motivation für eine solche Beschäftigung ist jedoch keineswegs immer, dass die Rente zum Leben nicht ausreicht. Vielmehr gibt es ganz verschiedene Gründe – zum Beispiel den Wunsch, auch nach dem Renteneintritt noch aktiv zu sein.

Dennoch erhalten immer mehr Ältere die Grundsicherung, sind also auf einen Zuverdienst angewiesen?

Ich meine, das Problem wird überzeichnet. Zum einen machen die Empfänger nur gut 2 Prozent der Rentner aus. Zum anderen wächst auch die Zahl der Rentner. Außerdem handelt es sich um eine Sozialleistung, die erst 2003 eingeführt wurde. Wenn die Zahl der Anträge steigt, ist das deshalb nicht mit wachsender Armut gleichzusetzen. Letztlich zeigt die Armutsquote, dass die Älteren eher besser dastehen als Jüngere: Während 11 Prozent der über 64-Jährigen als armutsgefährdet eingestuft werden, sind es ansonsten 14 Prozent.

Gewerkschafter stehen Minijobs skeptisch gegenüber und möchten sie lieber heute als morgen abschaffen, weil die Löhne zu niedrig sind und keine Rentenansprüche erworben werden. Wie sehen Sie das?

Dass Minijobber weniger verdienen als andere, kann eigentlich kaum überraschen. Denn die meisten Minijobs stellen keine hohen Anforderungen an die Qualifikation. Entsprechend niedrig ist der Lohn – ganz unabhängig davon, welche Qualifikation der Arbeitnehmer tatsächlich vorweisen kann.

Geringfügig Beschäftigte können durch ihre kurzen Arbeitszeiten auch weniger Verantwortung für betriebliche Abläufe übernehmen. Ein Lohnabschlag zu den Stammebelegschaften kann daher durchaus gerechtfertigt sein.

Die geforderte Abschaffung der Minijobs würde den betroffenen Arbeitnehmern einen Bärendienst erweisen. Sie müssten, wenn sie der gleichen Arbeit sozialversicherungspflichtig nachgehen, künftig 20 Prozent von ihrem Lohn abgeben, ohne dafür nennenswert bessere soziale Leistungen zu erhalten. Am Ende würde wohl in erster Linie die Schwarzarbeit profitieren.

Mit Strategie zum Erfolg

Personalarbeit. Kleine und mittlere Unternehmen, die sich intensiv um neue und vorhandene Fachkräfte bemühen, stehen wirtschaftlich meist besser da als die Konkurrenz. Dabei muss jedoch jeder Betrieb eine individuelle Strategie verfolgen.

Mit dem Aufschwung der Jahre 2010 und 2011 hat sich der Fachkräftengap in der deutschen Wirtschaft wieder vergrößert. Zuletzt fehlten allein in den MINT-Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik rund 170.000 hochqualifizierte Mitarbeiter.

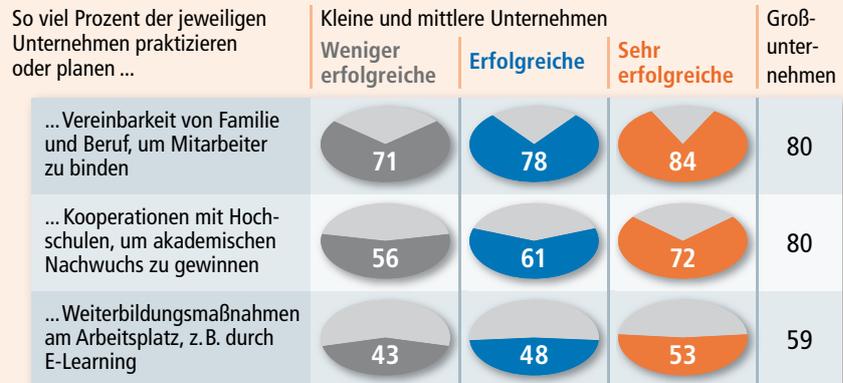
Vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) ist daher eine systematische Personalarbeit erforderlich (Kasten). Der Aufwand lohnt sich:

Kleine und mittlere Firmen, die intensiv Personalarbeit betreiben, sind wirtschaftlich erfolgreicher als andere KMU.

Dabei unterscheidet sich die Personalarbeit der besonders erfolgreichen KMU deutlich von derjenigen anderer Firmen (Grafik):

- **Personalsuche.** Die wirtschaftlich starken KMU nutzen alle modernen Kommunikationswege – diese Firmen suchen ihr Personal über Online-Ausschreibungen und eigene Karriere-Websites oder präsentieren sich auf Messen. Die übrigen KMU gehen dagegen eher den traditionellen Weg über die Arbeitsagenturen. Zudem kooperieren von den Top-KMU bereits 72 Prozent mit Hochschulen oder planen eine solche Zusammenarbeit, um auch als weniger bekannter Arbeitgeber

Personalarbeit zahlt sich aus



Erfolg: gemessen an Beschäftigungs- und Umsatzentwicklung, Nettoumsatzrendite, kurzfristigen Geschäftserwartungen und mittelfristiger Einschätzung der Zukunftschancen am Standort; Kleine und mittlere Unternehmen: maximal 250 Mitarbeiter; Großunternehmen: mehr als 250 Mitarbeiter; Befragung von 1.127 Unternehmen im Jahr 2010; Quelle: IW-Zukunftspanel

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW-Medien - Ivid 9

frühzeitig Kontakte zu Nachwuchskollegen knüpfen zu können.

- **Personalbindung.** Hier ist eine Reihe von KMU sogar den Großen eine Nasenlänge voraus:

Von den Spitzen-KMU unterstützen 84 Prozent gezielt ihre Mitarbeiter, damit sie Familie und Beruf besser unter einen Hut bringen können – von den großen Firmen tun dies nur 80 Prozent.

Die erfolgreichen KMU können damit ihre Fachkräfte besser an sich binden als andere Betriebe.

- **Personalentwicklung.** Mehr als die Hälfte der Top-KMU bietet Weiterbildung direkt am Arbeitsplatz an – etwa in Form des computerge-

stützten Lernens. Zudem sprechen diese Firmen systematisch mit ihren Mitarbeitern über das Thema Personalentwicklung.

Allerdings können auch erfolgreiche KMU ihre Personalarbeit noch verbessern. So bilden die Firmen bislang relativ selten selbst aus – nicht zuletzt, weil die Unternehmen meist noch recht jung sind. Darüber hinaus führt Personalarbeit nur dann zum Ziel, wenn das Unternehmen eine transparente Informationspolitik betreibt und eine entsprechende Führungskultur hat. So mancher kleine und mittlere Betrieb wird jedoch noch eher patriarchalisch geleitet.

Systematische Personalarbeit

In einem Pilotprojekt hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln mit Unternehmen, Personalberatern und dem RKW Kompetenzzentrum Anforderungen an eine systematische Personalarbeit erarbeitet. Diese basiert unter anderem auf einer Analyse der Organisations- und Personalstruktur, des Marktes und der Kunden. Daraufhin können die Firmen ihren Personalbedarf gezielt planen und Instrumente zur Suche, Bindung und Qualifizierung von Mitarbeitern auswählen. Konkrete Handlungshilfen für kleine und mittlere Betriebe stehen unter www.kompetenzzentrum-fachkraeftesicherung.de zur Verfügung.

Russland: Hohes Wachstum, steigende Preise

2010 2011 2012

Bruttoinlandsprodukt (BIP)
Reale Veränderung gegenüber Vorjahr
in Prozent

4,0 4,5 4,6

Privater Konsum
Reale Veränderung gegenüber Vorjahr
in Prozent

3,0 7,0 7,0

Arbeitslosenquote
in Prozent

7,5 6,8 6,8

Verbraucherpreise
Veränderung gegenüber Vorjahr
in Prozent

8,8 6,1 7,0

Leistungsbilanzsaldo
in Prozent des BIP

4,8 6,0 4,4

Haushaltssaldo
in Prozent des BIP

0,2 -3,9 -0,4

Schuldenstand
in Prozent des BIP

7,3 8,0 9,7

Rückenwind für Putin

Russland. Die russische Wirtschaft brummt, eine Krise ist nicht in Sicht. Beste Voraussetzungen also für die anstehenden Wahlen. Gleichwohl hat auch der russische Bär Schwächen.

Am 4. März wird in Russland gewählt. Ministerpräsident Wladimir Putin, der bereits von 2000 bis 2008 als Präsident amtierte, hat sich erneut zur Wahl ins höchste Staatsamt gestellt. Zwar sind außer Putin noch vier weitere Bewerber zugelassen, doch es gibt kaum noch Zweifel, dass Putin wieder das Rennen machen wird.

Der wahrscheinliche Wahlsieger hat denn auch bereits erste Ideen geäußert, wie er das Land zu modernisieren gedenkt. Putin will mithilfe einer aktiven Industriepolitik aussichtsreiche Branchen der Hochtechnologie fördern und international wettbewerbsfähig machen. Neu ist das aber nicht: Viele Unternehmer warten bereits seit mehreren Jahren auf die konsequente Umsetzung der angekündigten Privatisierungsprogramme – bislang vergeblich.

Gleichwohl zeigt sich die Wirtschaft Russlands in guter Verfassung. Zwischen 2000 und 2010 ist das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) um jährlich fast 5 Prozent gewachsen. Das kaufkraftbereinigte BIP je Einwohner dürfte im Jahr 2011 umgerechnet gut 16.700 Dollar betragen haben – im Jahr 2000 waren es gerade mal 7.700 Dollar. Und der Wachstumsmotor läuft weiter auf vollen Touren (Grafik):

In diesem Jahr dürfte das reale BIP in Russland um 4½ Prozent steigen, im nächsten Jahr um fast 5 Prozent.

So steht es um die volkswirtschaftlichen Indikatoren im Detail:

- **Außenwirtschaft:** Die Geschäfte mit dem Ausland laufen rund. Auch 2012 sollen die Exporte wieder um gut 4 Prozent zulegen – vor allem die russischen Ölvorkommen lassen die Kassen klingeln. Und auch die Importe machen Furore: Zwischen 2000 und 2010 stiegen sie um jahresdurchschnittlich 14 Prozent an. Für dieses Jahr wird immerhin noch ein Plus von 9 Prozent erwartet.
- **Konsum und Investitionen:** Die rasant wachsenden Einfuhren gehen vor allem auf die russischen Verbraucher zurück, die sich aufgrund steigender Einkommen immer mehr ausländische Waren leisten können. Allein in diesem Jahr sollen die privaten Konsumausgaben um 7 Prozent zulegen.

Gut schaut es auch bei den Investitionen aus: Die Bruttoanlageinvestitionen werden sich in diesem Jahr preisbereinigt um 8 Prozent erhöhen. Vor allem der Bausektor dürfte eine Wachstumsstütze bleiben.

- **Staatshaushalt:** Russland ist ein Land ohne Verschuldungsprobleme. Der Haushaltssaldo dürfte in diesem Jahr fast ausgeglichen sein.
- **Wirtschaftspolitik:** Mittelfristig stellt die starke Abhängigkeit von Energieexporten für die russische Wirtschaft ein Problem dar, zumal der Industriesektor schwach und international kaum wettbewerbsfähig ist. Ein schlechtes Investitionsklima, das durch Korruption gekennzeichnet ist, hält zudem ausländische Investoren davon ab, mehr Geld sowie das nötige Know-how in das Land zu transferieren.

Zur Not mit Zwang

Griechenland. Die Hellenen sollen mehr als die Hälfte ihrer Schulden erlassen bekommen. Einige Investoren weigern sich zwar. Doch dagegen hat Griechenland ein Ass im Ärmel – zumal die mit einem erzwungenen Schuldenschnitt verbundenen Risiken gar nicht so groß sind.

Der 53,5-prozentige Schuldenschnitt soll Griechenlands Verbindlichkeiten um mehr als 100 Milliarden Euro verringern. Allerdings haben offenbar vor allem Hedgefonds in den vergangenen Monaten gezielt griechische Staatsanleihen gekauft – und zwar zu sehr niedrigen Kursen. Werden diese Anleihen zum Nennwert zurückgezahlt, wie die Hedgefonds hoffen, wäre das ein Riesengeschäft.

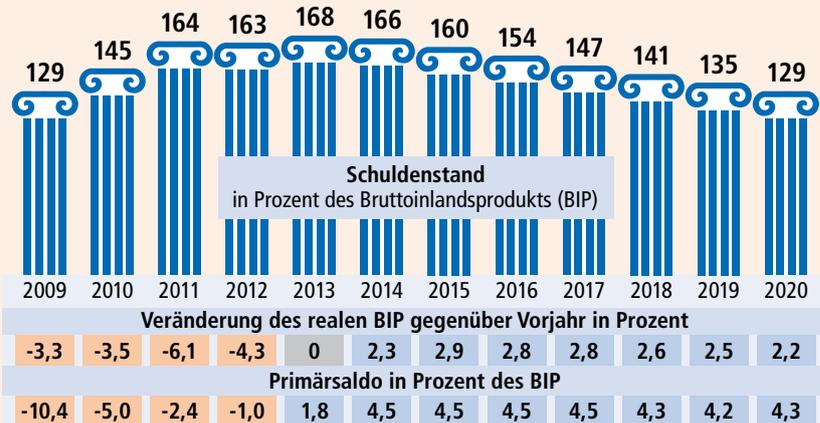
Folglich weigern sie sich, die Umschuldung mitzutragen und drohen sogar mit Klagen. Doch dagegen kann sich Griechenland ganz legal wehren: Das Land darf nach heimischem Recht per Gesetz im Nachhinein sogenannte Collective Action Clauses (CACs) einführen. Diese ermöglichen einer Gläubigermehrheit von beispielsweise zwei Dritteln oder drei Vierteln, die verbleibende Minderheit zum Schuldentausch zu zwingen.

Die CACs sind am Finanzmarkt gängige Praxis. Anleihen nach englischem Recht etwa enthalten derartige Regeln schon lange. Doch noch zögern die Griechen – sie haben Angst vor den möglichen Folgen:

1. Geldversorgung bricht zusammen. Weil die Ratingagenturen eine unfreiwillige Umschuldung als harten Zahlungsausfall werten und Grie-

Griechenland: Ein Blick in die Zukunft

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat die griechischen Finanzen unter die Lupe genommen und eine Prognose bis 2020 gewagt. Diese basiert auf zahlreichen Annahmen. So sollten sich 95 Prozent der Privatgläubiger an der anstehenden Umschuldung Griechenlands beteiligen. Das reale Wirtschaftswachstum schätzt der IWF auf 2 bis 3 Prozent ab dem Jahr 2014. Der Schuldenstand dürfte trotz des Schuldenschnitts im Jahr 2012 nur wenig sinken, vor allem weil Griechenland durch das zweite Hilfspaket neue Kredite aufnimmt. Zudem hat das Land gegenwärtig ein hohes Staatsdefizit und ist in eine tiefe Rezession gerutscht. Ohne Schuldenschnitt wäre der Schuldenstand aber noch sehr viel höher gewesen und wahrscheinlich immer weiter gewachsen.



Ab 2012: Prognose; Primärsaldo: Differenz aus Einnahmen und Ausgaben des Staates ohne Zinsausgaben; Quelle: IWF

IW Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Iwd 9

chenland mit der Note D als bankrott einstufen würden, könnte die Europäische Zentralbank (EZB) die griechischen Staatsanleihen nicht mehr als Sicherheiten akzeptieren, wenn sie Kredite an griechische Banken vergibt. Das Bankensystem würde dann wohl zusammenbrechen und mit ihm die Wirtschaft des Landes.

2. Schwer kalkulierbare Finanzmarkturbulenzen. Zudem würden bei einem erzwungenen Schuldenschnitt die Kreditausfallversicherungen – sogenannte Credit Default Swaps – auf griechische Staatsanleihen fällig werden. Einzelne große Akteure, die dann zahlen müssten, könnte das Kopf und Kragen kosten und den ganzen Finanzmarkt durcheinanderbringen.

Doch so schlimm muss es gar nicht kommen, aus zwei Gründen:

Erstens: Standard & Poor's und andere Ratingagenturen haben bereits signalisiert, dass sie eine Herabstufung Griechenlands nicht lange

aufrechterhalten würden. Und solange der Bankrottstatus gilt, können die griechischen Banken nach einer Regeländerung der EZB auch eigene Kreditforderungen als Sicherheiten nutzen, um an frisches Geld zu kommen. Selbst der Euro-Rettungsschirm könnte im Rahmen des neuen Hilfspakets einspringen.

Zweitens: Zwar würden die Kreditausfallversicherungen bei einem erzwungenen Schuldenschnitt fällig. Doch nach jüngsten Angaben der Depository Trust & Clearing Corporation in den USA geht es nur um einen Nettobetrag von 3,2 Milliarden Euro an ausstehenden Kontrakten. Davon würde wegen des nur partiellen griechischen Schuldenschnitts lediglich gut die Hälfte ausgezahlt werden müssen. Das sind verkraftbare Summen – zumal die Investoren genug Zeit hatten, sich auf die griechische Umschuldung vorzubereiten und etwaige überdimensionierte Risiken im eigenen Portfolio abzubauen.

Nicht für alle ein Problem

EU-Arbeitszeitrichtlinie. Wenn Bereitschaftsärzte nachts aufgrund von Notfällen mehrfach aus dem Schlaf gerissen werden und am nächsten Morgen gleich weiterarbeiten müssen, ist das ein Problem. Wenn ein Werksfeuerwehrmann alle paar Monate einmal in seiner Bereitschaftszeit ausruhen muss, weniger. Eine einheitliche Regelung der Bereitschaftsdienste ist deshalb wenig sinnvoll.

Das Europäische Parlament und die EU-Kommission streiten sich seit

Jahren über die Neufassung der EU-Arbeitszeitrichtlinie. Dabei müssen sie die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs beachten. Der hatte in zwei Fällen entschieden, dass die Bereitschaftszeit vollständig als Arbeitszeit zu rechnen ist.

Das Problem: Würden Standby-Zeiten grundsätzlich als Arbeitszeit gewertet, wären in der Praxis bewährte Schichtmodelle nicht mehr machbar. Denn die maximale Wochenarbeitszeit beträgt laut EU-Arbeitszeitrichtlinie 48 Stunden.

So sind beispielsweise bei der Berufsfeuerwehr in der Chemischen Industrie 24-Stunden-Schichten üblich – danach haben die Feuerwehrleute 24 Stunden frei. Anschließend beginnt die Schicht wieder von vorn. 48 Stunden Arbeitszeit sind so schnell erreicht. Versüßt wird den Feuerwehrleuten ihr Einsatz derzeit durch 35 zusätzliche freie Tage, die gleichmäßig über das Jahr verteilt werden sollen.

Der 24-Stunden-Dienst teilt sich auf in 8 Stunden „echte“ Arbeitszeit, 8 Stunden Arbeitsbereitschaftszeit – während dieser Zeit können die Beschäftigten maximal 3 Stunden zu Arbeitsleistungen herangezogen werden – und 8 Stunden Bereitschaftsruhezeit.

Unterm Strich arbeiten die Bereitschaftsdienste in der Chemischen Industrie längst nicht so lange wie andere Vollzeitbeschäftigte – diese kommen auf eine Wochenarbeitszeit von 37,5 Stunden.

Anders als Notfälle in Krankenhäusern sind Brände in Industrieanlagen eher selten – eine gestörte Nachtruhe ist für die betrieblichen Firefighter deshalb eher die Ausnahme. Das 24-Stunden-Modell wird daher auch von den deutschen Gewerkschaften verteidigt.

Vor diesem Hintergrund dürfen bei einer Überarbeitung der EU-Arbeitszeitrichtlinie nicht alle Bereitschaftszeiten über einen Kamm geschoren werden. Vielmehr sollte es den Mitgliedsländern überlassen bleiben, sich im Rahmen eines Opt-out auf entsprechende Ausnahmen von der 48-Stunden-Woche zu verhängen.

Flexible Arbeitszeiten

Das durchschnittliche tarifliche Jahresarbeitspensum in Deutschland liegt bei 1.659 Stunden. Das entspricht einem Wochenpensum von 37,7 Stunden und 40 bezahlten freien Arbeitstagen in Form von Urlaub und Feiertagen. Nur Dänen und Franzosen arbeiten weniger. Dagegen müssen die Polen pro Jahr fast 200 Stunden länger an Werkbänken und Schreibtischen verweilen.

Die kurzen Arbeitszeiten werden in Deutschland durch Flexi-Regelungen kompensiert. Um Maschinen möglichst optimal zu nutzen, entkoppeln die Unternehmen die Betriebsnutzungszeiten von den persönlichen Arbeitszeiten – etwa indem zwei Schichten gefahren werden oder einzelne Mitarbeiter länger als 37,7 Stunden die Woche arbeiten.

Arbeitszeiten in Europa

Jahressollarbeitszeit von vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern im Jahr 2010 in Stunden

Polen	1.856	Niederlande	1.725
Ungarn	1.848	Vereinigtes Königreich	1.706
Griechenland	1.816	Tschechien	1.702
Luxemburg	1.800	Finnland	1.695
Irland	1.778	Italien	1.695
Slowakei	1.757	Norwegen	1.688
Österreich	1.736	Schweden	1.681
Portugal	1.734	Deutschland	1.659
Belgien	1.730	Dänemark	1.628
Spanien	1.729	Frankreich	1.602

Jahressollarbeitszeit: Tarifliche Arbeitszeit abzüglich Urlaub und Feiertage, ohne Überstunden und Kurzarbeit; Quelle: European Industrial Relations Observatory

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012, IW Medien - iw-d 9

Steigende Lasten beim Immobilienerwerb

Grunderwerbssteuer. Seit September 2006 dürfen die Bundesländer die Grunderwerbssteuer selbst festlegen – und machen in Zeiten klammer Kassen reichlich Gebrauch davon.

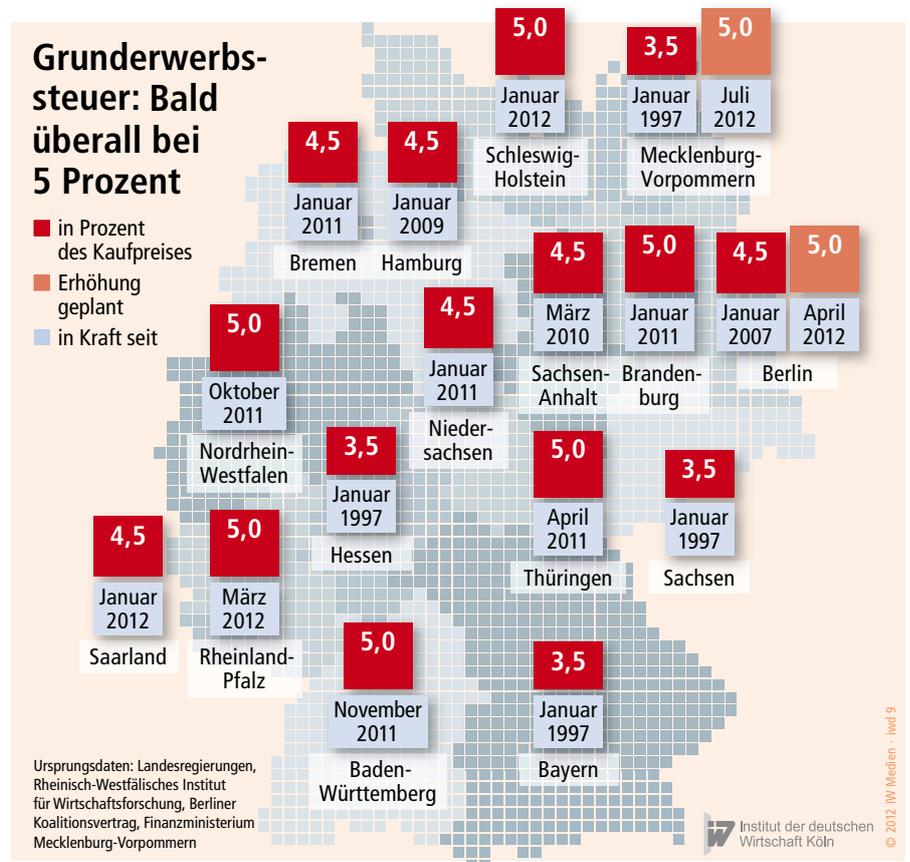
Bis Anfang des Jahres 2007 betrug die Grunderwerbssteuer bundesweit 3,5 Prozent des Kaufpreises, mittlerweile kommen Immobilienkäufer nur noch in Bayern, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen damit davon (Grafik). In allen anderen Bundesländern sind 4,5 oder 5 Prozent des Kaufpreises an den Fiskus abzuführen, wenn ein Grundstück den Besitzer wechselt.

Die Einnahmen aus der Grunderwerbssteuer stehen den Ländern zu, die das Geld an die Kommunen weiterreichen können. Zuletzt bescherten die höheren Steuersätze den Ländern hohe Mehreinnahmen:

Im Jahr 2011 nahmen die Bundesländer insgesamt 6,4 Milliarden Euro an Grunderwerbssteuer ein – 20 Prozent mehr als im Jahr davor.

Die Anhebung der Grunderwerbssteuer – in Berlin sowie in Mecklenburg-Vorpommern dürften die Steuersätze noch in diesem Jahr steigen – hat jedoch auch Nachteile:

- Der Plan der Bundesregierung, die Eigentumsquote in Deutschland zu erhöhen, wird durch höhere Grunderwerbssteuern konterkariert.
- Höhere Aufwendungen beim Immobilienerwerb können die berufliche Mobilität der Arbeitnehmer beeinträchtigen.
- Je höher die Grunderwerbssteuer, desto größer ist der Anreiz, ein unbebautes Grundstück zu kaufen. Diese liegen jedoch meist außerhalb



Die Grunderwerbssteuer

Die Grunderwerbssteuer ist eine Steuer, die beim Erwerb eines inländischen Grundstücks und der darauf ggf. errichteten Immobilie anfällt und in der Regel vom Käufer zu zahlen ist. Einige Grundstücksübertragungen sind von der Steuer befreit – so etwa die Veräußerung von Immobilien zwischen Ehegatten. Für

Grundstücke, die weniger als 2.500 Euro kosten, fällt ebenfalls keine Grunderwerbssteuer an. Darüber hinaus lässt sie sich bei einigen Objekten mindern – etwa indem größere An- und Einbauten wie Einbalken oder Markisenanlagen aus dem Immobilienkaufpreis herausgerechnet werden.

der Städte, was die Zersiedelung und Suburbanisierung fördert.

- Grundsätzlich stellt jede Steuer ein Transaktionshemmnis dar – und je höher die Steuer, desto größer die Barriere für den Immobilienwechsel.

Im internationalen Vergleich bewegen sich die deutschen Grunderwerbssteuersätze im Mittelfeld: In Österreich sind sie mit 3,5 Prozent besonders niedrig, in Großbritannien

betragen sie 4 Prozent, in Italien müssen 7 Prozent bezahlt werden und in Belgien sind bis zu 12,5 Prozent der Kaufsumme fällig. Einen unkonventionellen Weg gehen derzeit die Niederlande: Um den stagnierenden Wohnungsmarkt anzukurbeln, haben die Holländer gerade die Grunderwerbssteuer landesweit von 6 auf 2 Prozent gesenkt – allerdings nur für ein Jahr.

Sicherheit im Fokus

CeBIT. Der deutsche Markt für Informationstechnik, Telekommunikation und digitale Unterhaltungselektronik (ITK) wird im laufenden Jahr einen neuen Umsatzrekord verbuchen. Wegen zunehmender Industriespionage und Hackerangriffen steht auf der diesjährigen CeBIT jedoch das Thema IT-Sicherheit im Vordergrund.

Die weltgrößte Messe der digitalen Industrie öffnet am 6. März in Hannover ihre Tore. Wirtschaftlich steht die deutsche ITK-Branche im Vergleich zum Krisenjahr 2009 wieder gut da – obwohl das Erdbeben in Japan sowie die Überschwemmungen in Thailand den Firmen 2011 zu schaffen machten: Weil in Asien zahlreiche Bauteile für die deutsche ITK-Industrie gefertigt werden, hatten die Naturkatastrophen zu Lieferengpässen geführt und die Kosten in die Höhe getrieben.

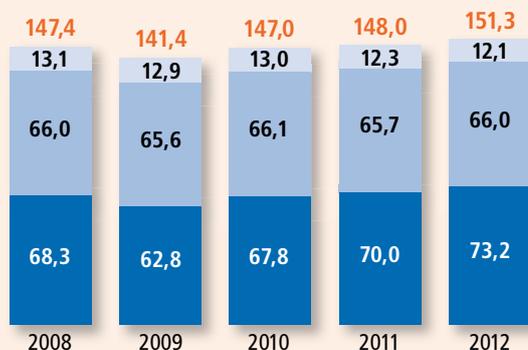
Für dieses Jahr prognostiziert der Bundesverband Informationswirt-

Informationstechnik bringt Wachstum

Umsatz der Informations- und Telekommunikationstechnologie-Branche in Deutschland in Milliarden Euro

Insgesamt
davon:

- Unterhaltungselektronik
- Telekommunikation
- Informationstechnik



2012: Prognose; Quelle: Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (BITKOM)

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012, IW Medien - iw-d 9

schaft, Telekommunikation und neue Medien (BITKOM), dass die Branche in Deutschland erstmals mehr als 150 Milliarden Euro umsetzen wird.

Im Vergleich zu 2011 wäre das ein Zuwachs von 2,2 Prozent. Zum größten Teil wird das Umsatzplus vom IT-Sektor getragen. Aber auch die Telekommunikationsbranchen dürften nach Schwierigkeiten im vergangenen Jahr wieder leicht zulegen (Grafik). Und schließlich werden die sportlichen Großereignisse Fußball-EM und Olympische Spiele mit Sicherheit den Absatz von Fernsehern und Beamern ankurbeln.

Das Leitthema der CeBIT 2012 ist allerdings die Sicherheit in der digitalen Welt. Immer mehr Hacker haben es auf Betriebsgeheimnisse wie Formeln, Designs oder Fertigungsprozesse abgesehen und ver-

schaffen sich illegalen Zugang zu internen Firmendaten. Weil das Internet laut einer Studie der Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult für rund die Hälfte aller deutschen Unternehmen eine zentrale oder zumindest eine wichtige Rolle spielt, wachsen auch die Gefahren durch Cyber-Kriminalität.

Gerade kleine und mittlere Unternehmen investieren aber immer noch zu wenig in die Sicherheit ihrer IT-Systeme. Nur jede vierte Firma hat nach BITKOM-Informationen einen Notfallplan, falls Kriminelle die Computersysteme knacken. Drei Viertel aller Mittelständler verzichten auf regelmäßige Schulungen ihrer Mitarbeiter – und ein knappes Drittel hat überhaupt keine organisatorischen Maßnahmen für den Datenschutz getroffen.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Andreas Wodok (Textchef), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw-d@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,47/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Aboservice: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Bercker Graphischer Betrieb
GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iw-d wird einmal monatlich
(außer Januar und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektro-
nische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
www.pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.